

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 17. 36. Jahrg.

27. April 1923

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN,  
STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN,  
LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 600 Mk. exkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 600 Mk.

**Redaktion:**  
Hans Rosinger, Berlin N 24 Elbasserstraße 85-88 III. Redaktions-  
schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 - - Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 300.- Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 225.- Mk. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 150.- Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten*

## Arbeiter der Welt!

Von Ernst Preczang.

Schwingt eure Seelen auf aus den toten Nüchten der Luft;  
Hebt sie zur Sonne, die Augen vor Sorgen umgraut.  
Euren Fäusten, die ruhslos gewirkt und gebaut,  
Gebt ihnen einen Tag, einen, die feiernde Raft.

Schaffende Hand soll schaffende Hand ergreifen.  
Hirn soll das Hirn, und Herz soll das Herz gewinnen.  
All eure Zuversicht, all euer Wollen und Sinnen  
Erühend soll es heut über die Erde schweifen.

Überall schwenkt seine Fahnen der qualmende Schlot.  
Überall gräbt der Spaten um spärlisches Brot,  
Überall wirkt zu Gold sich das pochende Blut.  
Überall raubt euch Gier das erschaffene Gut.

Was ihr erbaut euch, der Haß will es fauchend zerdschlagen.  
Was ihr erobert, bedroht ist's von tückischen Krallen.  
Über die Lande und Meere soll eure Stimme hallen —  
Schreckender Donner, sich nicht in die Bliße zu wagen!

Und in eueren Händen blühe empor der Strauß  
Lenzjunger Blumen, die friedlich im Lichte glühn;  
Nie wieder, Bruder der Arbeit im fernsten Haus,  
Sollen zwischen uns Todesgranaten sprühn.

Über uns allen leuchte ein segnendes Werde.  
Sprossender Wille reife zur Meisterkraft.  
Bruder, dein Herz ist mein Herz, deine Kraft meine Kraft ...  
Arbeiter der Welt! Ihr seid das Schicksal der Erde.

## Mai-Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes

### An die Arbeiter aller Länder!

Der Frieden Europas ist neuerlich in Gefahr. Der Krieg ist noch nicht da, aber es kann dazu kommen, wenn die international vereinigten Arbeiter dieser Gefahr nicht entgegenwirken.

Überall ist die Reaktion am Werke und sucht ihre Herrschaft zu festigen.

Überall zeigt sich sozialer Rückschritt. Und die gleiche Tendenz ist in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht wahrzunehmen.

Diktatur und Faschismus in allen Spielarten sind das Gepräge unserer Zeit. Beides Bewegungen, die auf den Untergang der Freiheit zielen.

Diese Situation hinzunehmen, würde heißen, eine sichere Verklavung in der Zukunft akzeptieren.

Es hieße anerkennen, daß von jetzt ab Gewalt und Unrecht, soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung über die Völker allein Macht haben sollen.

Es hieße sich mit der Herrschaft brutaler Gewalt abfinden und Verzicht leisten auf eine Ordnung der Freiheit und menschenwürdiger Arbeit, die zu errichten Aufgabe der Arbeiter-Organisationen der ganzen Welt ist.

Die Arbeiter-Organisationen werden an ihrem Ideal nicht Verrat üben. Dieses Ideal ist ihr gemeinsames und geheiligtes Gut, die Rechtfertigung ihres Daseins, ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Wenn ihre Freiheiten in Gefahr geraten, die Ermügenschaften der Vergangenheit bedroht werden, dürfen die Arbeiter nicht untätig bleiben.

Wenn die Plutokratie der ganzen Welt, um ihre politische und wirtschaftliche Herrschaft zu befestigen, die Rückkehr zu langen Arbeitszeiten und niedrigen Löhnen anstrebt, die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Freiheit verlangt und die Wiederkehr jener Zeit, in der sich das Unternehmertum von Gottes Gnaden dünkte, dann fordert Pflicht und Interesse der Arbeiterschaft, dieses schändliche Verhaben zunichte zu machen und es zu beantworten mit einem Kampf für neue Freiheiten und ein besseres Dasein.

Die Befreiung der Arbeiter verlangt zunächst die Aufrechterhaltung der erworbenen Rechte, die dazu dienen sollen, neue zu

erwerben. Gegenüber dem internationalen Zusammenschluß der Profitmacher und Ausbeuter muß die internationale Solidarität des organisierten Proletariats eine Tatsache werden.

Je dreister sich die Reaktion gebärdet, je kühner die Angriffe auf die freiheitlichen Ideen und die Würde der Arbeit werden, umso intensiver müssen sich die Massen zur Wehr setzen.

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“ Das will heißen, daß die Arbeiter nur durch eigene Kraft und ihre eigenen Mittel, und nur durch diese allein, imstande sind, das entwürdigende Joch der modernen Lohnklaverei abzuwerfen und durch neue moralische und materielle Erfolge ihre endgültige Befreiung vorzubereiten.

Der 1. Mai 1923 muß in entscheidender Weise der Welt das Erwachen des Bewußtseins der international organisierten Arbeiterklasse künden.

Die Nöte der Gegenwart und die Gefahr neuer blutiger Konflikte müssen, weit davon entfernt, uns zu entmutigen, unsern Glauben im Gegenteil noch festigen und neue Begeisterung und Entschlossenheit wecken, um die Mächte der Finsternis und Unterdrückung endgültig zu besiegen.

Immer drohender werden diese Gefahren, und darum muß auch unsere Aktion eine immer energischer werden.

Nationalismus, Imperialismus, Militarismus, wünschen ein neues Blutbad herbei, von dem sie sich ein neues Erwürgen der Völkerfreiheit versprechen.

Die Arbeiter aber wollen den Frieden, der die Arbeit von ihren Fesseln befreit, den Völkern ihre Unabhängigkeit sichern und eine bessere Zukunft vorbereiten soll.

Möge der 1. Mai 1923 in überwältigender Weise diesen Willen kundtun, der sich auf Vernunft und Recht stützen kann. Und möge das Proletariat aller Länder an diesem traditionellen Tag der Arbeiterforderungen der Welt die unbezwingliche Macht der internationalen Solidarität der Arbeit demonstrieren.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

# Mai-Forderungen — Mai-Ziel.

In schicksalsschwerer Zeit begeht die deutsche Arbeiterschaft ihre diesjährige Maifeier. Feinde ringsum! Nicht genug, daß der Krieg die halbe Welt erschöpft und ruiniert hat, stürzte der französische und belgische Imperialismus durch das Ruhrunternehmen die Völker erneut hart an den Abgrund des Krieges. Wenn die deutsche Arbeiterschaft mit keinem Rechtsgrund zu belegenden Einfall ins Ruhrgebiet sich bisher noch immer in den Grenzen des passiven Widerstandes bewegt hat und die Tollheiten nationalistisch Fanatisierter taube Ohren fanden, so ist das nur auf die ruhige und besonnene Haltung insbesondere der Ruhrarbeiter zurückzuführen, die genau wissen, welche Rolle die Arbeit heute im Zusammenleben der Völker spielt und welche Macht sie auf der Bühne der Weltpolitik darstellt. Die allgemein anzutreffende Hoffnung, daß diese passive Ruhrabwehr, diese *passive Resistenz*, die selbst nach bürgerlicher Anschauung ihr Rückgrat in der Haltung der Arbeiterschaft hat, zwar Maschinen-gewehre, Tanks und Kanonen nicht zerbrechen, aber die mit diesen Machtmitteln ausgerüsteten Gegner zur Führung von Verhandlung zwischen Gleich und Gleich an den Verhandlungstisch zwingen kann und wird, zeigt, wenigstens für Deutschland, daß die Beurteilung der Arbeit und die Anerkennung ihrer Bedeutung heute eine andere ist als früher.

Diese andere Beurteilung der Arbeit und ihrer Träger, der Arbeiterschaft, ist aber trotz aller handgreiflichen Beweise ihrer ungeheuren Bedeutung noch nicht der realisierte Ausdruck der Macht geworden, die sie in Wirklichkeit ist. Auch hier heißt es noch immer: Feinde ringsum! Wie hart die deutsche Arbeiterschaft um die Mittel ihrer Existenz ringen muß, liegt heute so klar zutage, daß es selbst der Blinde sehen muß. Vollständig unzureichende Löhne werden als „hohe“ bezeichnet, die die Wirtschaft angeblich nicht ertragen kann. Dagegen gehen die Gewinne der Unternehmer ins Unermessliche, und es ist geradezu eine Wissenschaft geworden, diese Gewinne, ohne Aufsehen zu erregen, zu versteuern. Trotzdem zu „hohe“ Löhne und der Ruin nach Abbau, der durch Betriebsinschränkungen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, die Ausfluß von einer ganzen Reihe zu sammenreffender Umstände sind, eine nicht zu unterschätzende Kraft erhält. Hand in Hand mit dem Unternehmerrufe nach Stabilisierung oder Abbau der „hohen“ Löhne geht das Verlangen nach Beseitigung des Achtstundentages. Die kommenden Arbeitszeitgesetze sollen auch in Deutschland dazu benutzt werden, den Achtstundentag zu erschüttern. In welcher Richtung der Stoß gegen den Achtstundentag geführt werden soll, zeigen die im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat geführten Beratungen über die eingebrachten Gesetzesentwürfe so deutlich, daß zu sagen tatsächlich nichts weiter übrig bleibt. Wem aber das noch nicht genügt, erinnere sich an den Brief des Großindustriellen Thyssen an den Reichskanzler Dr. Wirth und der Rede Stinnes, die er am 9. November 1922 im Finanzpolitischen Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hielt und bezüglich der Arbeitszeit sagte, daß nicht nur Mehrarbeit, sondern *unbezahlte* Mehrarbeit geleistet werden müßte.

Ist auch die Arbeiterschaft durch das Bestehen des gesetzlichen Achtstundentages ihren Widersachern weit im Vorsprung, so wird sie doch alle Kraft zusammenfassen müssen, um dem Sturm auf den Achtstundentag widerstehen zu können. Und

die Arbeiterorganisationen rüsten zur Abwehr dieses Sturmes. Sind auch einige Gewerkschaften im Augenblick nicht gerade finanziell sehr schlagkräftig, von unsern Verbänden kann heute gesagt werden, daß er sich finanziell so erholt hat, daß er auch in dieser Beziehung seinen Mann stehen wird. Trotzdem wird auch bei uns diese Aufrüstung fortgesetzt. Dem Sturme muß eben widerstanden werden! Denn davon hängt nicht zuletzt ab, in welchem Maße es möglich ist, die Arbeiterschutzgesetzgebung weiter auszubauen. Noch viel liegt hier im Argen. Aber die Arbeitskraft ist das kostbarste Gut jeden Volkes! Deshalb gilt auch heute noch, was der erste Sozialistenkongress der wiedererrichteten Internationale 1889 allen Nationen dringend ans Herz legte: Den Fragen des Arbeiterschutzes die allergrößte Beachtung zu schenken.

Ein wesentlicher Bestandteil der neueren Arbeiterschutzgesetzgebung muß die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes sein. Dieses einheitliche Arbeitsrecht zu schaffen ist verfassungsmäßige Pflicht! Denn Artikel 157 der Reichsverfassung sagt: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches. — Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.“ Dieses einheitliche Arbeitsrecht wird auch nur der Ausfluß außerordentlicher Kämpfe sein, obwohl die Grundlinien des zu schaffenden einheitlichen Arbeitsrechtes bereits in der Verfassung umschrieben sind. Nachdem im Artikel 159 der Reichsverfassung nämlich das Koalitionsrecht ausdrücklich gesichert ist, wird im Artikel 161 zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechsellagen des Lebens die Schaffung eines umfassenden Versicherungswesens versprochen. Und im 2. Absatz des Artikels 163 heißt es: „Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“ Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.“ Aber damit ist das Wesen, der Inhalt und der Umfang des neuzuschaffenden Arbeitsrechtes noch nicht erschöpft. Vielmehr trifft Dr. Heinz Potthoff das Richtige, wenn er sagt, daß „das Arbeitsrecht aufzufassen ist als die Summe aller Rechtsvorschriften über das Arbeitsverhältnis. Dabei bedeutet Arbeitsverhältnis jedes Rechtsverhältnis, bei dem ein Staatsbürger seine Arbeitskraft in den Dienst eines anderen stellt, d. h. sich in eine gewisse Abhängigkeit, Botmäßigkeit begibt.“

Der Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes aber muß vorausgehen die Beseitigung der dringendsten Nöte der Arbeiterschaft. Der immer mehr wachsenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit muß durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gesteuert werden. Wo die Beschaffung von auskömmlicher Arbeitsgelegenheit nicht möglich ist, muß eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen in Wirksamkeit treten. Die Kleinrentenempfänger und Kriegssopfer müssen in nachdrücklichster Weise gegen fortschreitende Verelendung gesichert und ihre Bezüge der allernotwendigsten Bedürfnisbefriedigung angepaßt werden. Darüber hinaus gilt es der arbeitenden Jugend zu gedenken und den Kindern der Unbemittelten eine sonnige Kindheit zu sichern.

Aber zu diesen unerläßlichen Gegenwartsforderungen gehört selbstverständlich, daß die zur Er-

füllung dieser unbedingten Notwendigkeiten gehörigen Mittel auch bereit sind. Es gehört deshalb die gerechte Verteilung der Lasten durch steuerliche Erfassung der Besitzenden hinzu. In welchem Maße in dieser Beziehung bisher gesündigt worden ist, ist schon breit genug durch die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse hindurchgegangen, als daß nochmals alles berührt werden müßte. Ist auch infoolge der politischen Situation die gerechtfertigte Forderung der Erfassung der Sachwerte etwas in den Hintergrund getreten, so ist sie doch nicht beiseite gelegt. Sie wird erneut Kampfbjekt werden, sobald eine Klärung der Verhältnisse herbeigeführt ist. Damit tritt dann auch erneut die Frage der Sozialisierung in den Vordergrund, der vorausgeht die Schaffung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in den Betrieben, wie der gesamten Wirtschaft.

So kräftig sich für diese Gegenwartsforderungen die Stimmen der Arbeiter auch erheben müssen und erheben werden, die Erkenntnis wird die Bekundung und Demonstration der Arbeiter am 1. Mai tragen, daß die Ideale der Arbeiter erst restlose Tat werden, wenn die Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihre Ersetzung durch die sozialistische Wirtschaftsordnung vollzogen ist. So lange der Egoismus, sei es Einzel- oder Gruppenegoismus, den Gang der Wirtschaft bestimmt und dadurch das Verhältnis von Mensch zu Mensch in menschwidrige Bahnen zwingt, ist der Weg zur Kulturbeherrschung versperrt. Mögen auch Einzel- oder Gruppenkämpfe Vorbohrer der egoistisch-kapitalistischen Feste überwinden, erst die sozialistische Wirtschaft wird die breite Heeresstraße zum Ziel der Kulturbeherrschung schlagen. Deshalb bekennet sich die Arbeiterschaft am 1. Mai erneut zu dem hehren Ziele des Sozialismus, und das abgelegte Gelübnis wird ausklingen in dem festen Willen, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis die nächste Stufe in der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, der Sozialismus, errungen ist.

Wie weit der Weg zum Sozialismus noch ist und welche Widerstände noch zu überwinden sind, ehe die Menschheit beginnt ihre Lebens- und Existenzverhältnisse bewußt zu gestalten, zeigt jeder Tag der neu heraufzieh. Daß alle Nutznießer der „gottgewollten“ Ordnung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen der kommenden klassenlosen Gesellschaft spinnefeind gesinnt sind und ihr alle nur erdenklichen Hindernisse in den Weg wälzen, ist zu selbstverständlich, als daß es noch der Erwähnung bedürfte. Aber daß die mit ganzem Sinn und ganzem Sein nach vorwärts Wählenden nicht die Formel finden können, die ihr Streben in ein einheitliches Bett bewußter Arbeit, dem Sozialismus zu, leitet, ist eine Erscheinung, die hemmender wirkt als alle Gegenarbeit aller Gegner des Sozialismus zusammen. Denn Sozialismus ist Gemeinschaft, Sozialist sein heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden sind und zu aller Nutzen zusammen wirken. Zusammenwirken aller aktiven Kräfte im Dienste der Gemeinschaft, das ist sozialistisch gehandelt! Ehe diese Gemeinschaftsarbeit allen Vorwärtstrebenden im Dienste des menschenbetreibenden Sozialismus nicht zur Praxis geworden ist, haben seine Gegner noch goldene Tage. Möge deshalb als flammendes Fanal über dem Maitag der Arbeiterschaft das völkeraufrüttelnde Marx-Wort des kommunistischen Maifestes stehen und alle mit magischer Gewalt zur Umsetzung in die Tat zwingen: *Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!*

## Inhalt:

**Hauptteil:** Arbeiter der Welt! Mai-Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Mai-Forderungen — Mai-Ziel. — **Allgemeines:** Treu und Glauben. Papierverarbeitung im März. Friedr. Doßmann-Iserlohn. Ortsberichte: Altwasser — Freiburg, Hannover, Leipzig, Neuruppin. — **Photographischer Mitarbeiter:** Haltet am Achtstundentag fest. — **Anzeigen.**

**Allgemeines.**  
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

## Treu und Glauben.

„Wenn zwei Kontrahenten sich an einen Tisch setzen und nach langen Verhandlungen im Wege des gegenseitigen Nachgebens einen Vertrag abschließen, der nicht vom Machtstandpunkt der einen oder anderen Partei diktiert wird, so darf jeder der beiden vertragschließenden Parteien erwarten, daß der Gegenkontrahent den Vertrag unter Anwendung der allgemein anerkannten Grundsätze von Treu und Glauben auch hält.“ So beginnt ein Artikel: „Tarifvertrag und passive Resistenz“ im „Deutsches Steindruckgewerbe“, Nr. 8 vom 15.

April 1923, der sich mit dem Artikel des Kollegen Ferkel: „Kommende Kämpfe“ in Nummer 13 der „Graphischen Presse“ vom 30. März beschäftigt und in seinem Schlußsatz, an uns adressiert, die Hoffnung ausspricht, „daß der erwähnte Artikel einen einmaligen Fehlgriff bedeutet, der nicht wiederkehrt.“

Wir wollen heute auf den Artikel im Unternehmerorgan, auf die Schiefheiten und auf das, was in dem Artikel des Kollegen Ferkel nicht gestanden hat, aber von dem Artikelschreiber im „Steindruckgewerbe“ hineininterpretiert oder hineingelesen worden ist, nicht eingehen. Die mündliche Aussprache, die bei den bald stattfindenden Tarifverhandlungen infolge der Kündigung des Tarifvertrages für das Deutsche Lithographie und Steindruckgewerbe durch die Unternehmer gepflogen werden muß, an der Kollege Ferkel für den Gau Leipzig sehr wahrscheinlich beteiligt sein wird, wird ja viel besser als es uns bei dem beschränkten Raum möglich ist, Aufklärung und Klarheit bringen, aber an die Adresse der Unternehmerorganisation sei gerichtet, daß das freie Wort bei uns auch unter dem Zeichen des Tarifvertrages eine Statt hat. Wir müssen es als Teil der Gewerkschaftsbewegung ablehnen, theoretischen Forderungen den Boden zu entziehen. Nur wenn konkrete Aufforderungen zu Handlungen, die dem Geiste des Vertrages und dem Wesen von Treu und Glauben widersprechen, ergehen, fühlen wir

uns verpflichtet einzugreifen. Das liegt bei dem Artikel des Kollegen Ferkel nicht vor. Wenn der Artikelschreiber im „Steindruckgewerbe“ aus der theoretischen Untersuchung der Waffe der passiven Resistenz aber herausfinden zu müssen glaubt, daß den Lesern „auf diese Weise ohne viel Aufhebens die Taktik der passiven Resistenz beigebracht werden“ soll, dann läßt sich dagegen nichts machen. Gegen gefühlsmäßige Einstellung hält überhaupt kein Argument stand.

Aber auf was wir nicht verzichten können einzugehen, ist die Beleuchtung des Umstandes, aus dem heraus in Arbeiterkreisen, auch bei uns, die Ansicht geboren worden ist, daß es zu ganz ungeheuerlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern kommen wird.

Es dürfte in unsern Kreisen nicht notwendig sein, darauf zu verweisen, daß zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern die Ansichten darüber, wie hoch der Arbeitslohn und wie lang die Arbeitszeit sein muß, um in entsprechender Weise produzieren zu können, sehr weit auseinander gehen. Darüber legen die fast unzähligen geführten Verhandlungen, auch im Steindruckgewerbe, so unzweideutiges Zeugnis ab, daß jeder weitere Beweis überflüssig ist. Aber auch darüber, daß wir trotz dieser Meinungsdifferenzen dem Vertragsverhältnis immer das Wort geredet haben, auch in Zeiten, wo ohne Vertrag die Gehilfen ganz ohne Zweifel weit besser gefahren wären, kann

nicht strittig sein. Denn hätten wir uns nicht so nachhaltig immer für Einhaltung des Tarifvertrages eingesetzt, dann wäre er in der Zeit der Hochkonjunktur sicher in die Luft geflogen.

Aber um Haltung oder Nichthaltung des Vertrages handelt es sich ja gar nicht. Wer den Artikel des Kollegen Ferkel mit Aufmerksamkeit gelesen hat, weiß, daß er nur erneut das alte Problem der Lohngestaltung behandelt und nach Mitteln gesucht hat, den Lohn entsprechend zu gestalten. Daß der Lohn heute nicht den Verhältnissen des Lebens, auch im Lithographie- und Steindruckgewerbe entsprechend gestaltet ist, mag nachfolgende Übersicht erweisen, die wir der dringenden Beachtung bei den Tarifberatungen empfehlen.

Die Mitteilung wird sicher in Unternehmerkreisen nicht überraschen, daß der Gehilfenlohn der Vorkriegszeit nicht als ausreichend betrachtet worden ist und nach höherem Lohne gestrebt wurde. Heute muten die Vorkriegszeitlöhne wie Märchen an. Nicht wegen ihrer Höhe, sondern wegen ihrer Kaufkraft die sie besaßen. Die Steindrucker bekamen 1913 im Reichsdurchschnitt 30,89 Mark Lohn und die Lithographen 32,18 Mark. Jede Trennung nach Altersklassen ist bei dieser Berechnung vermieden. Da es zu umfanglich ist, Betrachtungen über die Gestaltung der Löhne in der Nachkriegszeit im Reichsmaßstabe zu veröffentlichen, beschränken wir uns auf die nachkriegszeitliche Gestaltung der Löhne der Berliner Lithographen und Steindrucker, weil uns hierzu auch Vergleichsmaterial zur Verfügung steht. Für die Berliner Steindrucker betrug 1913 der Durchschnittslohn 33,86 Mark und für die Lithographen 33,87 Mark. Für die über 24 Jahre alten Steindrucker 35,42 Mark und für Lithographen 37,51 Mark. Um die Rechnung noch mehr zu vereinfachen und um ganz objektiv auch im Vergleich zu sein, seien nur die Löhne der über 24 Jahre alten Berliner Lithographen und Steindrucker im Vergleich gesetzt zu dem, was Dr. Kuczynski als Existenzminimum für eine Berliner Familie mit zwei Kindern errechnet hat. Und da ergibt sich folgendes: (Der Lohn ist jeweilig vom 15. des Monats genommen, jedoch sind stets die dem 15. naheliegenden höheren Löhne eingesetzt.)

Monat:	Steindr.-Lohn Mk	Existenzminimum Mk.	Plus oder Minus Mk
August 1913	33,42	28,80	+ 6,62
Januar 1920	135,-	220,-	- 85,-
Februar	135,-	254,-	- 119,-
März	160,-	322,-	- 162,-
April	180,-	375,-	- 195,-
Mai	180,-	365,-	- 185,-
Juni	207,-	304,-	- 97,-
Juli	220,-	324,-	- 104,-
August	220,-	308,-	- 88,-
September	220,-	299,-	- 79,-
Oktober	220,-	318,-	- 98,-
November	235,-	316,-	- 81,-
Dezember	235,-	327,-	- 92,-
Januar 1921	260,-	320,-	- 60,-
Februar	260,-	313,-	- 53,-
März	260,-	298,-	- 38,-
April	260,-	281,-	- 21,-
Mai	260,-	285,-	- 25,-
Juni	275,-	311,-	- 36,-
Juli	275,-	324,-	- 49,-
August	275,-	339,-	- 64,-
September	315,-	349,-	- 34,-
Oktober	320,-	386,-	- 66,-
November	405,-	509,-	- 104,-
Dezember	435,-	557,-	- 122,-
Januar 1922	435,-	584,-	- 149,-
Februar	535,-	627,-	- 92,-
März	535,-	787,-	- 252,-
April	695,-	915,-	- 220,-
Mai	855,-	995,-	- 140,-
Juni	985,-	1195,-	- 210,-
Juli	1145,-	1763,-	- 618,-
August	1845,-	2958,-	- 1113,-
September	2945,-	4717,-	- 1772,-
Oktober	4345,-	7508,-	- 3263,-
November	8120,-	16271,-	- 8151,-
Dezember	14120,-	24994,-	- 10774,-
Januar 1923	21120,-	37167,-	- 16047,-
Februar	57120,-	81039,-	- 23919,-
März	71386,-	75121,-	- 3735,-

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Von einem „der Leistungsfähigkeit des Gewerbes gerechten Lohn“ kann keine Rede sein. Daß der Arbeiter nichts weiter sein eigen nennt als seine Arbeitskraft, ist eine an den Schuhsohlen abgelagene Binsenwahrheit. Und daß durch diese tarifliche Lohnregelung das einzige Eigentum der Arbeiters respektiert worden wäre, kann selbst der rückständigste Unternehmer nicht behaupten. Wenn das aber die richtige Vorstellung vom Eigentumsbegriff sein sollte, dann wird es allerhöchste Zeit, daß sie ungewertet wird. Angesicht solcher Lohnregulierungsweisheit noch von Treu und Glauben und von Tarifmündigkeit der Unternehmer zu reden, ist wirklich etwas gewagt. Umgekehrt wird jeder ein Schuh daraus! Und weil wir auch jetzt noch für vertragliche Regelung auch der Lohnverhältnisse eintreten, verlangen wir um so nachdrücklicher, daß diese Regelung auch den unbedingten

Notwendigkeiten des Lebens entspricht. Ohne dem ist eine vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eben für uns nicht tragbar. Die Frage, ob im Mai eine solche tragbare tarifliche Regelung möglich ist, wollen wir nicht beantworten. Ein Teil unserer Kollegen verneint diese Möglichkeit, eben ob der Haltung der Unternehmer. Wenn sie deshalb die Mittel prüfen, ohne Tarif besser, zumindest aber nicht schlechter zu fahren, so hat das mit Tariftreue gar nicht zu tun! Es ist nur Selbsterhaltungstrieb!

**Papierverarbeitung im März.**

Nach den bei dem *Bunde Deutscher Vereine des Druckgewerbes, -Verlages und Papierverarbeitung* eingegangenen Meldungen der Konventionen- und Fachverbände beklagt sich das *Buchbinder-gewerbe* über schlechten Geschäftsgang, hervorgerufen durch die zu hohen Preise für die Fertigfabrikate. Einen Beweis dafür bot auch die Leipziger Messe. — Im *Buchdruckgewerbe* hat sich die Beschäftigung wesentlich verschlechtert. Bei den Preisen ausländischer Rohstoffe ist teilweise geringe Senkung eingetreten. Die Ausfuhr ist ganz zurückgegangen. Die Besserung der Mark hat den Wettbewerb der deutschen Buchdruckereien im Auslande ausgeschaltet. — Im *Zeitungsdruckgewerbe* trat infolge der Marktverengung allgemeiner Rückgang ein. Die Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung infolge Ruhrbesetzung und Dollarsenkung verminderte größere Entwicklung des Anzeigenwesens. — Im *Lichtdruckgewerbe* kommen nur wenige Geschäfte zum Abschluß. Das Postkartengeschäft in Deutschland ist vollständig zerstört. Vom Auslande sind einige Aufträge hereingekommen, die jedoch infolge des Devisenrückganges zu verlustbringenden Preisen ausgeführt wurden. Der Farbenlichtdruck ist der Natur seiner Arbeitsweise entsprechend noch auf Monate hinaus mit Arbeit besetzt; der Preis seiner Arbeit deckt aber unter den heutigen Verhältnissen nicht die Unkosten und Löhne. Die Verkaufspreise wurden trotz der erhöhten Löhne und des erhöhten Papierpreises unverändert gelassen. — Im *Steindruckgewerbe* hat sich die Beschäftigung ebenfalls weiter verschlechtert. — Bei den Betrieben des *Bundes der chemographischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands* hat sich infolge Zurückhaltung aller Verbraucherkreise die Beschäftigung weiter verschlechtert. — Die *Autochrom-Konvention* stellt ziemliches Stillstehen des Geschäfts fest. Selbst auf der Leipziger Messe waren Aufträge wegen der hohen Kosten und wegen der vielen Erschwernisse im Außenhandel nicht abzuschließen. — Der *Verein Deutscher Spielkarten-Fabriken* meldet Mangel an Aufträgen und infolgedessen auch wesentliche Verschlechterung der Beschäftigung.

**Friedr. Doßmann-Iserlohn.**

In Nummer 15 der Buchbinderzeitung werden die Praktiken der Firma ins gebührende Licht gerückt. Heute sehen wir uns gezwungen, die Verhältnisse kurz vor der Öffentlichkeit zu skizzieren, um unsere Kollegen vor Schaden zu bewahren, da das Eingreifen des Gehilfenvertreters nutzlos begonnen war. Mit der von früher bekannten Arroganz setzt man sich über Reichsgesetze hinweg, die der Arbeiterschaft kleine Sicherungen bieten sollen. Das „patriarchalische Zusammenarbeiten“ steht im Vordergrund und duldet insbesondere nicht, den neuzeitlichen G-ist bei dem ein Ebert oder Scheidemann eventuell mitwirkt. Die Arbeiterschaft hat den Sinn längst erkannt, aber sie weiß sich dessen bei dem „zuvorkommenden Verhalten“ der Firma nicht zu erwehren, deren Liebe und Sorge um die „Ihren“ solange geht, wie der Maulkorb festhält. Wehe demjenigen, der gegen die „gehilften Traditionen“ muckt. Der Zeitgeist verträgt sich nicht mit der Würde der Firma Friedr. Doßmann. Betriebsrätegesetz, Arbeiterrechte braucht das Personal nicht, für Wohl und Wehe sorgen die Herren selbst in ihrer angestammten Güte. Sie bauen Werkwohnungen und holen sich die Gehilfen von auswärts heran mit den schönsten Versprechungen, wie Abschrift zeigt:

„Ich empfang Ihr gefl. Schreiben und bitte Sie recht bald bei mir einzutreten. Wenn Ihre Leistungen mich befriedigen, werden Sie den höchsten Gehilfenlohn erhalten, der bei mir bezahlt wird. Auch erkläre ich mich bereit Ihnen eine Reisevergütung zu gewähren und können wir uns über diese Angelegenheit nach Ihrem Eintritt unterhalten. Eine hübsche 3 Zimmerwohnung mit allen Bequemlichkeiten steht Ihnen zur Verfügung und können Sie bis dahin ein Logis nehmen, für dessen Besorgung ich Ihnen meine Hilfe zusage. Ich bitte Sie sofort zu kündigen und mir mitzutufen, wann Ihr Eintritt bestimmt erfolgt.“ Hochachtungsvoll . . .

Wer sollte da nicht Lust bekommen nach Iserlohn in Firma Friedr. Doßmann Stellung zu nehmen? Vor etwa acht Monaten sind drei Kollegen zugezogen aus verschiedenen Orten des Reiches ins Land „wo Milch und Honig“ fließen. Heute liegen sie am Pflaster, drei verheiratete Kollegen. Arbeitsmangel! Das Gerechtigkeitsgefühl und die Sorge um die „Alten“ gebietet der Firma

sich erst einmal der „Jüngsten“ zu entledigen. Die Verordnung über Kurzarbeit kann keine Anwendung finden, denn es ist besser, es gehen einige als daß alle eine Löhneinbuße haben. Dem einen gab man die Kündigung am Tage nach seiner Hochzeit; etwas verwundert darüber erlaubte er sich den bescheidenen Hinweis darauf, daß doch eigentlich noch immer zu tun sei. Und plötzlich zeigte sich das wahre Gesicht des Herrn Wilhelm Doßmann. „Ja, es geht eben hart auf hart, sie wollten uns den Stuhl vor die Tür setzen, nun machen wir es.“ Darin liegt des Pudels Kern! Die Gehilfen sind seit langem mit der Entlohnung unzufrieden und haben wiederholt in Versammlungen nach Wegen einer Besserung gesucht. Dabei wurde auch vom Streik gesprochen, dessen Durchführung noch immer auf einem anderen Blatte gestanden. Aber die Firma erhielt davon und trat ihre Gegenmaßnahmen in Form der Kündigungen. Wer hat Lust nach Iserlohn zu kommen? Der binde sich den Maulkorb um!

Gau Rheinland-Westfalen.

**Ortsberichte.**

**Altwater—Freiburg.** Am Sonnabend, den 7. April hielt die Zahlstelle Altwater in Sorgau eine kombinierte Mitgliederversammlung mit der Zahlstelle Freiburg ab. Eine rege Aussprache entwickelte sich über die eventuell zu leistende 48. Stunde. In Verbindung damit protestieren wir schon heute gegen eine tarifliche Vereinbarung der 48-Stunden-Woche bei den kommenden Tarifverhandlungen. Ferner kam die Lehrlingsfrage zur Sprache. In beiden Betrieben, Altwater und Freiburg, werden fortgesetzt Lehrlinge eingestellt, so daß die tariflich zugestandene Zahl bei weitem überschritten ist. Einstimmig wurde in dieser Angelegenheit beschlossen, sofort Schritte zu tun, daß diese Lehrlinge wieder entlassen werden und die weitere Erledigung der Angelegenheit der Lehrlingsüberwachungskommission in die Hände gegeben. — Allgemeine Unzufriedenheit wurde zu erkennen gegeben über das letzte Lohnabkommen; insbesondere ist man der Meinung, daß der Geschäftsgang hier ein guter zu nennen ist, auch höhere Löhne bezahlt werden können. Unsere Kollegen in den Porzellanfabriken, in derselben Branche tätig, werden bedeutend besser bezahlt. Diese bessere Bezahlung hat auch schon zur Folge gehabt, daß eine Reihe Kollegen dort Stellung genommen haben, um sich ihre Lebenslage zu verbessern; dies Möglichkeit steht auch jetzt noch offen.

Ein eingekommenes gedrucktes Zirkular der Zahlstelle Hof-Göllhenau wurde vom Vorsitzenden vorgelesen und durch einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende überbrachte dann noch den Dank einiger kranker Kollegen, welche durch die Kollegenschaft beider Zahlstellen unterstützt wurden.

Der Rest des Abends wurde ausgefüllt durch Gedankenaustausch auf allerlei Gebiet. Dem Wunsche, in Kürze wieder eine kombinierte Versammlung zu veranstalten, wird nachgekommen werden.

Überzeugt davon, daß solche kombinierte Versammlungen die Kollegialität und die Einigkeit in allen Angelegenheiten beider Zahlstellen sowie das Vertrauen zu unserm Verbandsvorstand nur verstärken können, wurde die Versammlung geschlossen.

**Hannover.** Die hannoverschen Lithographen und Steindrucker befaßten sich eingehend mit der wirtschaftlichen Lage in der am 19. 4. stattgefundenen Mitgliederversammlung. In Anbetracht der einsetzenden Preissteigerung wurde einstimmig folgende *Resolution* angenommen:

Die am 19. 4. im Gewerkschaftshause stattgefundenen Mitgliederversammlung der Lithographen und Steindrucker Hannovers mißbilligen aufs schärfste die passive Haltung des Verbandsvorstandes in der Lohnfrage.

Die Lithographen und Steindrucker können den auf ihnen lastenden wirtschaftlichen Druck nicht mehr länger ertragen.

Wir verlangen eine Verbesserung des gegenwärtigen Lohnes nach seiner Kaufkraft — nicht nach dem Papierbetrag — um mindestens 20 Prozent.

Maßgebend für die Beurteilung der Kaufkraft sollen nicht unkontrollierbare Indexziffern sein, sondern die Kleinverkaufspreise des wichtigsten Lebensbedarfs.

Weiter wird verlangt, daß der Verbandsvorstand sofort ernsthafte Schritte bei den übrigen graphischen Verbänden unternimmt zum gemeinsamen Vorgehen zur Verbesserung unserer Lage.

Das bisherige Ausspielen der einzelnen graphischen Fachverbände gegeneinander seitens der Unternehmer bei Lohnverhandlungen muß vermieden werden. Deshalb verlangen wir gemeinsamen Kampf aller graphischen Verbände für Lohnaufbau, für Herstellung des Friedensverhältnisses zwischen Lohn und Preis.

In Anbetracht der Tatsache, daß der heutige Arbeitslohn in Deutschland nur ein geringer Bruchteil des Friedenslohnes ist, ersucht die Versammlung den Verbandsvorstand, in Gemeinschaft

mit den übrigen graphischen Verbänden und mit dem ADGB. die Beseitigung des Steuerabzuges zu bewirken.

Anmerkung der Schriftleitung: Die hannoverschen Kollegen mißbilligen eine passive Haltung des Verbandsvorstandes in der Lohnfrage, die gar nicht zu verzeichnen ist. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Was vom Verbandsvorstand in der Lohnfrage getan werden konnte, ist getan worden. Ebenso verhält es sich mit der Zusammenarbeit der vier graphischen Verbandsvorstände. Es ist nur zu wünschen, daß trotz der Unmöglichkeit eines augenblicklichen engeren Zusammenschlusses der vier graphischen Verbände stets eine solche Verständigung gesucht wird, wie sie in der letzten Zeit üblich war. Alle Maßnahmen sind gemeinsam ergriffen worden. Auch die Kündigung der jetzt laufenden Lohnabkommen. — Die Stellung des ADGB zu Löhnen und Preisen wird aus dem Bericht von der Bundesausschusssitzung vom 17. und 18. April möglich sein, den wir wegen Raumangel erst in nächster Nummer bringen können.

Leipzig. In der Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensmänner am 19. 4. 1923 behandelte Kollege Großmann die Verordnung vom 12. 2. 1920, weil derselben von den Kollegen noch viel zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Es sei besonders darauf zu achten, daß bei Ansage von Kurzarbeit nicht sofort auf 24 Stunden zurückgegangen werde. Sorgfältige Prüfung aller Verhältnisse müsse vorausgehen. Die Mitwirkung der Betriebsräte sei nach § 78 des BRG. gegeben. Werke dabei Einigung nicht erzielt, dann müsse der Schlichtungsausschuß angerufen werden. Besonders sei zu beachten, daß bei schon durchgeführter Kurzarbeit die Ansagefrist bei noch weiterer Verkürzung erneut eingehalten werden müsse. Im andern Fall sei der volle Lohn zu zahlen, wenn die Kollegen sich zur Verfügung halten, wie ergangene Urteile beweisen. Verabredungen, die Verordnung auszuschalten, sind nichtig. Auch heißt es den Sinn der Verordnung in das Gegenteil verkehren, wenn bei der Ansage von Kurzarbeit bereits Kündigungen ausgesprochen werden. Kündigungen dürfen erst bei 24 stündiger Arbeitszeit ausgesprochen werden, was natürlich auch für Frauen zutrefte. Vorsicht und schriftliche Festlegung sei auf alle Fälle geboten. Durchgesetzt müsse werden, daß in diese Zeit fallende Feiertage und Ferien voll bezahlt würden. Über die Lage im Berufe sprach Kollege Hentschel. Er hob hervor, welchen Widerspruch das letzte Lohnabkommen zeitigte und wie endlich am 20. 3. die 25 Prozent zugeschlagen wurden, eine Arbeitszeitverlängerung in Kauf genommen werden sollte, trotzdem wir auch dann noch mit 27 000 Mark unter dem Existenzminimum standen. Genau wie 1921 steige die Arbeitslosigkeit täglich und heute seien bereits 165 Kollegen zum fernern gezwungen.

Noch seien die Märzruhen in aller Erinnerung. Ähnlichen Gefahren gehen wir jetzt entgegen. Auch die verflissene scheinbare Hochkonjunktur sei noch kein Beweis für die Güte der kapitalistischen Wirtschaftsform. Die Krisen würden sich häufen und in ihrer Auswirkung alle früheren in den Schatten stellen. Nicht einzelne Personen solle man dafür verantwortlich machen, weil die Grundursache der Kapitalismus sei, der solche Elendsbilder herauf beschwört. Die Illusion, daß große Reden und Resolutionen Besserung bringen, müssen wir endlich aufgeben. Auch bei Aufbringung der Mittel für Notstandsarbeit und Arbeitslosenunterstützung sei die Arbeiterschaft der Hauptträger der Kosten. Besserung sei eben nur durch Überwindung des Kapitalismus zu erzielen. An der Verelendung und Verblödung der Massen trage die nationale und parteilose Presse ein gerüttelt Maß von Schuld. Die Verdächtigungen untereinander müssen aufhören, Meinungsverschiedenheiten sachlich behandeln, das große Ziel aber im Auge behalten werden, wenn die von allen gewünschte Einheitsfront, nicht nur eine Phrase sein soll. Disziplin nicht nur predigen, sondern üben. Die Verhältnisse zwingen die Gewerkschaften auch politisch Stellung zu nehmen. Alle verspüren wir heute die Folgen von 1914. Auch der Cuno-Regierung wird zum Be-

wußtsein kommen, daß mit „Durchhalten“ allein noch nichts getan ist. Das Vertrauen des Auslandes hat uns die diskontofähige Regierung bisher nicht bringen können. Die zur Kreditunterbindung für die Regierung gewordene Dollarleihe, das „Opfer der besitzenden Klasse“ in bengalischer Beleuchtung und die Marktstabilisierung wird blitzartig aufgezeigt durch das plötzliche sprunghafte Steigen des Dollars. Dies alles gibt der Vermutung Raum, daß nur ein Scheinmanöver vorlag, auf das leider auch ein Teil der Spitzenorganisationen hereingefallen ist, deren politische Orientierung nicht auf lange Sicht eingestellt ist. Es ist höchste Zeit, daß sich auch diese bequemen, alle Maßnahmen der Regierung zu unterbinden, die zum Lohnabbau und damit zur weiteren Verelendung führen.

Einmütig kommt durch die Ruhraktion zum Ausdruck, daß wir kein Interesse an der Stabilisierung der französischen Militärkasse in Deutschland haben. Die Einheitsfront mit der Regierung ist nur bedingt zu verstehen, weil wir als deutsche Arbeiter alles zu verteidigen haben und es ablehnen zum französischen Kuli zu werden.

Der einzige Erfolg dieser Regierung ist das Glanzstück der „Kohlenverbilligung“ und die Ruhraktion mit der gesteigerten Schuldenlast um „Billionen“. Sie ist überreif zum Sturze, muß aber vorher noch gezwungen werden die Aktion durch Verhandlungen zu liquidieren.

Aktiv müssen wir eingreifen, wenn wir unsere Lebenslage verbessern wollen. Die niedrigen deutschen Löhne waren 1914 und sind auch heute noch mit die Ursache, daß das Ausland keine freundlichen Gefühle für uns aufbringen kann. Die Buchdrucker und Buchbinder haben letzte Woche nicht den Mut aufgebracht das Lohnabkommen zu kündigen, trotzdem für uns alle keine Erhöhung des Lohnes eingetreten ist. Einmütig wurde dem Antrag des graphischen Kartells zugestimmt.

„Es besteht Einmütigkeit, daß infolge der Leipziger Teuerungsverhältnisse und durch die zurückgebliebenen Lohnverhältnisse im graphischen Gewerbe gegenüber anderer Berufe Leipzigs, die Kündigung der zentralen Lohnabkommen vorzunehmen ist und neue Lohnerhöhung zu fordern sind. Mitbestimmend sind auch die im ganzen Reiche tatsächlich eingetretenen Preissteigerungen. Eine besondere Berücksichtigung soll die Lage der Kurzarbeiter finden.“ (Ist schon geschehen! D. Red.)

Wir müssen uns auf uns selbst besinnen, den größten Wert auf das Prinzipielle legen, dann werden wir auch nach harten Kämpfen das Schwere der Gegenwart zwingen. In der Aussprache wurde das oben Gesagte noch kräftig unterstrichen und verlangt, daß nach erfolgter Antwort auf den Antrag die gesamte graphische Arbeiterschaft Leipzigs zur Stellungnahme aufgerufen werden solle.

Nach Erledigung kleinerer Anfragen fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende. I. I.

Neuruppin. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde einstimmig beschlossen, zu den in Nummer 10 der „Graphischen Presse“ enthaltenen Äußerungen eines Unternehmerredners aus Neuruppin bei der letzten Lohnverhandlung, dieselben ganz entschieden zurückzuweisen, daß in seinem Tätigkeitsbereich die Lithographen und Steindruckers Spitzenlöhner seien und die höchste Bewunderung für die Gehiltenvertreter und den Verband bekundeten, sondern auch mit Grauen daran denken, was werden würde, wenn eine weitere Zulage bewilligt würde. Von Grauen kann gar keine Rede sein; um so weniger, da die Kollegen des einen Betriebs eine 15 wöchentliche Kurzarbeit (bis 24 Stunden) hinter sich haben. Was das bedeutet bei den hiesigen enormen Lebensmittelpreisen, weiß wohl ein jeder; auch erhalten in den hiesigen 2 Betrieben nur 2 Kollegen über Tarif bezahlt; einer 10 Mark und einer 55 Mark. 4.50 Mark, die irrtümlicherweise in beiden Betrieben mehr gezahlt, wurden wieder abgezogen. Dieser Unternehmerredner läßt jetzt kurz arbeiten (30 Stunden) und kündigte gleichzeitig seine bei ihm über 35 Jahre beschäftigten 3 Lithogra-

phen wegen zu hohen Löhnen. Nach einer vom hiesigen Arbeitgeberverband erfolgten Veröffentlichung in der Märkischen Zeitung erfolgte die Kündigung aus Gründen, die in der Eigenart des Steindruckes liegen, und in gesperrtem Druck wurde hervorgehoben: „die Leute sind heute noch in Diensten“, was richtig ist. Aber daß ein Lohn unter Tarif nötig war, um die Eigenart des Steindruckes zu beheben und weiter beschäftigt resp. im Dienst bleiben können, das wurde nicht veröffentlicht.

### Photogr. Mitarbeiter.

### Haltet am Achtstundentag fest!

Bei dem jetzt ertönenden Geschrei der Arbeitgeber nach Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages dürfen selbstverständlich die Kleinmeister unseres Berufes nicht fehlen. Und dies, obgleich eine große Zahl Arbeitsloser vorhanden ist und von denselben Kleinmeistern ständig über Mangel an Aufträgen und Beschäftigung geklagt wird. — Wie unsinnig solche Leute mitunter argumentieren, dafür ein Beispiel. In Nummer 32 des Photographen schreibt ein Herr Henze, unbekannt wo: „Der Staat solle sämtliche wirtschaftlichen Verbände verbieten, dann würden die Preise sinken. Nur der freie Wettbewerb der Privatindustrie mit unbeschränkter Arbeitszeit und Ausmerzungslosigkeit der faulen Arbeitskräfte könne wieder andere Zustände herbeiführen. Die Arbeiterschaft als erste müsse damit anfangen ihre Vereinigungen aufzulösen.“ Entweder will dieser Herr Henze sich irgendwo in angenehme Empfehlung bringen oder er ist ein großes Kind. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit würde doch die Zahl der Arbeitslosen nur vermehrt. Da aber bekanntlich Müßiggang aller Laster Anfang ist, würde man diejenigen, die jetzt in Arbeit stehen, zum Teil der Not und dem Laster preisgeben. Da Herr Henze unbeschränkte Arbeitszeit verlangt, nehmen wir an, daß er schon unbeschränkt gearbeitet hat. Sollte er dabei nicht die Erfahrung gemacht haben, daß eine längere wie achtstündige Arbeitszeit das Maß des Erträglich für Körper und Geist übersteigt. Lange vor der gesetzlichen Regelung hatten unsere nächstverwandten Berufe eine höchstens achtstündige Arbeitszeit. Auch in einer ganzen Anzahl Ateliers, die auf ein gewisses soziales Verständnis Anspruch machten, besonders in Süddeutschland wurde nicht länger wie acht Stunden gearbeitet. In den Kreisen der Photographen wird so viel von Weiterbildung im Beruf gesprochen. Kunst und Literatur sei zu Hilfe zu nehmen, um dem Rechnung zu tragen. Soll das neben unbeschränkter Arbeitszeit möglich sein? Uns will dünken, daß diejenigen unserer Prinzipale, die nach Verlängerung der Arbeitszeit rufen, gar keine Gehilfen, sondern Lehrlinge beschäftigen, deren zu weit gehende Ausnutzung nun unterbunden ist. Das scheint diesen nicht zu passen. — Die Kreise aus denen bisher der Nachwuchs herangezogen wurde, erkennen jetzt auch schon, wie wenig verheißungsvoll unser Beruf ist und daß andere Arbeiter- und Angestelltengruppen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen haben. Wirklich praktische Gründe sind also nicht vorgebracht, die auch nur einen Schein der Notwendigkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit erbringen. Die Bemerkung, daß die Arbeiterschaft zuerst ihre Vereinigungen aufgeben soll, um angeblich andere Verhältnisse herbeizuführen, verlohnt wirklich ein Eingehen nicht.

**Gebrüder Schopflocher, Fürth i. B. 6**  
Bronzearben- und Aluminumpulver-Werke  
Telegrammadresse: Fortuna Fürthavorn  
Gratismuster auf Wunsch  
Spezialität: Fettfreie Lithobronzen „FORTUNA“

**ZINKDRUCKPLATTEN**  
In Zinkätze. Auswaschinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.  
KARL MESS, G. m. b. H. Berlin SO 36, Wiener Straße 50.  
Fernruf Moritzplatz 11 289

**Tüchtiger Retuscheur**  
sofort gesucht. Nur wirklich erste Kräfte, die selbständige erstklassige Arbeiten leisten, wollen sich melden  
Hermann Kleinle, Graph. Kunststanstl., Köln, Clemenstrasse 1

**Zu kaufen gesucht:**  
Gebrauchte, in garantiert bestem Zustande befindliche, moderne  
**Steindruck-Schnellpresse**  
für Zinkflachdruck, Format 85x110 cm., Doppel-einwälzung, Zyindelm-bremse, komplett, keine Rundlaufmaschine, event. mit Zinkfundament Angebote mit Preis und Alter der Maschine an  
W. Unger, Gittersee-Drösdren, Bergstraße 17.

**Graphische Fachklassen**  
Werktstätten für Stein-, Zink- u. Offsetdruck, Photochemische Verfahren, Lithographie  
Auskunfte durch d. Direktion der Kunstgewerbesehule in **Barmen**

**Fachliteratur!**  
**DER PRAKTISCHE**  
**UMDRUCKER**  
von Bernhard Enders  
Preis inkl. Porto und Nachnahme 1160.- Mark

**Das Tauschieren und Ätzen der Metalle**  
Preis inkl. Porto und Nachnahme 1600.- Mark  
Verlag Conrad Müller, Schkeuditz